

## **Fortschritt und Kultur – Oder : Was ist (aus ostdeutscher Perspektive) gesellschaftlicher Fortschritt? - Kommentar einer Soziologin**

Die jüngste Debatte über die deutsche Einheit und den „Fortschritt“ bei Aufbau Ost zeigt, wie stark die jeweilige Perspektive kulturell geprägt ist. Die Diskussion über die deutsche Einheit und den Aufbau Ost hat sich nicht nur überraschend belebt, wie der Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004 feststellt, sondern sie hat sich bisweilen geradezu eruptiv entladen. Der Ton ist scharf und die Positionen drohen zu verhärten. Hat der Transfer in den Osten 1,5 Billionen Euro verschlungen oder sind es doch nur 250 Milliarden? Soll der Aufbau Ost fortgeschrieben werden oder ist eine radikale Kurskorrektur, die sich auf Leuchttürme beschränkt, angesagt? Wer soll wie viel für die deutsche Einheit zahlen? Und warum kann das „Jammertal Ost“ die „Explosion“ seines Wohlstandes nicht endlich gebührend würdigen, statt auf Montags - Demos zu gehen oder gar rechtsradikal zu wählen? Ja, wie viel Ungleichheit muss wie lange bleiben, da es doch nicht um Gleichheit im vereinigten Deutschland, sondern lediglich um Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen geht?

Solche und ähnliche Fragen haben Politiker und Journalisten, Arbeitgeber und Arbeitslose, Wirtschaftsinstitute und Kenner der ostdeutschen Seele in den letzten Wochen bewegt. Die Bundesregierung malt ein alles in allem optimistisches Bild des Fortschritts im Osten. Die von diesem Fortschritt Betroffenen selbst sehen das anders, obwohl es den meisten materiell besser geht als vor 1990. Warum muss insgesamt aber dennoch konstatiert werden, dass die ostdeutsche Wirtschaft weder in der marktwirtschaftlichen Effektivität noch in der regionalen Strukturentwicklung gegenüber dem Westen aufgeholt hat, wohl aber eine historisch beeindruckende Unterbeschäftigung und demografische Destabilisierung zu verzeichnen ist, die Ostdeutschland zur größten territorial geschlossenen Region ökonomisch-sozialer Unterentwicklung in der EU15 macht?

Der Aufbau Ost hatte von Beginn an nur eine Chance, wenn eine zentrale Fortschrittsblockade, die wirtschaftliche Stagnation in den alten Bundesländern, überwunden wird. Denn im Kern haben wir es mit zwei Transformationsprozessen in ihrer wechselseitigen Verflechtung und Dynamik zu tun: Die Inkorporation der DDR/Neuen Bundesländer in die alte Bundesrepublik ist in den schon lange vor der Vereinigung einsetzenden gesellschaftlichen Strukturwandel und sozialpolitischen Rückbau der Bundesrepublik eingelagert. Reales Aufholen im Osten verlangt eine ökonomisch-soziale Kursänderung der Politik für die Bundesrepublik als Ganze in Richtung einer makroökonomischen Finanz-, Verteilungs- und Strukturpolitik, die den Binnenmarkt stärkt und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen fördert – einen Perspektivenwechsel

in der Frage, wie Fortschritt zu organisieren ist. Es ist aber auch zu fragen, ob es bei den aufgeheizten Debatten über die deutsche Einheit und den Aufbau Ost tatsächlich in erster Linie um ein Ost – West – Perspektiven - Problem geht oder ob diese Debatte nicht vielmehr als Metapher für einen neoliberalen gesellschaftspolitischen Fortschritts - Diskurs dient, der den radikalen Umbau der sozialstaatlich konstituierten Bundesrepublik vorantreiben will.

Auf den Punkt gebracht, lautet die jüngste Kanzler – Botschaft: „Wir müssen die Abzocker – Mentalität brechen.“ Und: „Das betrifft nicht nur die Sozialhilfeempfänger, sondern auch Mittelschichten.“ Das zielt auf die soziale Sicherheit und Risikoabfederung im Kern der bundesdeutschen Gesellschaft. Soziale Verwundbarkeit und prekäres Auskommen werden nicht mehr nur langzeitarbeitslosen Oassis als alltägliche Erfahrung zugemutet, sondern sie werden – zumindest als gefühlte Unsicherheit – zu einer Bedrohung für die gesellschaftliche Mitte, die sich – nicht zuletzt durch die Debatten um die Kosten der deutschen Einheit – in ihrer sozialen Verankerung gefährdet sieht. Im Zuge der Durchsetzung der Sozialreformen wird mit aller Heftigkeit und in hoher Geschwindigkeit nachgeholt, was – so die politische Klasse in großer Einstimmigkeit – auch im Westen verabsäumt worden sei: Die Diskussion darüber, was der einzelne und was die Solidargemeinschaft zu leisten habe.

Das Ergebnis dieser (Fortschritts-) Diskussion scheint allerdings bereits unverrückbar festzustehen – weniger Solidargemeinschaft, mehr Ich-AGs. Schleichend greift dabei ein Prozess der sozialen Exklusion, der sich nicht mehr nur auf Randgruppen beschränkt, sondern jede und jeden erfassen kann. Der Ausschluss am Arbeitsmarkt bedroht zunehmend die „arbeitnehmerische Mitte“ im Westen. Der damit einhergehende Ausschluss von einem Mindestmaß an Wohlstand ist für viele junge Familien in den alten Bundesländern längst schon bittere Realität. Unsicherheit, Angst und mangelnde Zukunftsperspektiven bilden weder im Osten noch im Westen ein gutes kulturelles Klima für selbstbewusste, souveräne, freie Bürgerinnen und Bürger. Im politischen Raum scheinen Fragen nach einem zeitgemäßen normativen Entwurf für eine zukunftsfähige menschenwürdige Gesellschaft allerdings von gestern. Sie werden mit Verweis auf die Agenda 2010 oder die nächste Reform, zu der es ganz bestimmt keine politische Alternative gäbe, der aber gewiss weitere, in jedem Falle einschneidendere folgen werden, abgewehrt.

Der Transformationsprozess in (Ost) Deutschland ist noch lange nicht bewältigt. Der derzeit eingeschlagene politische Kurs ist allerdings kein Weg zur Überwindung des gesamtdeutschen (Fortschritts-) Dilemmas. Wer die Rückgabe von Verantwortung an die Menschen will, zugleich aber einseitig die Markt- und Produktionslogik des Kapitals stärkt, bietet – das bestätigen die Wahlen in Ost und West - keine überzeugende, die Menschen mitnehmende Gesellschaftspolitik. „Eine gute

Gesellschaftspolitik ist ohne gute Wirtschaftspolitik nicht zu haben“ (Müntefering). Wirtschaftspolitik ist für die Menschen allerdings erst dann gut und ein Fortschritt, wenn sie ihnen Berechenbarkeit, Beteiligung und Vertrauen erlaubt und wenn sie die Menschen an den Ergebnissen gerecht beteiligt.

Die Analysen zu jungen Ostdeutschen von Peter Förster (Längsschnittstudie zum Mentalitätswandel zwischen 1987 und 2002) unterstreichen diese Wahrnehmung von Fortschritts - Brüchen bei der deutschen Vereinigung. (1)

Ein Beispiel für unterschiedliche Fortschrittsperspektiven in Deutschland sind Fragen der Gerechtigkeit. Fragen der Gerechtigkeit sind nicht nur im Kontext der Wiedervereinigung ein zentrales Thema, sondern sie haben sehr viel mit dem Verständnis von gesellschaftlichem Fortschritt zu tun. „Gerechtigkeit“ ist nicht nur ein zentrales Ordnungsprinzip staatlichen Zusammenlebens, sondern sie fungierte zudem als prominenter Faktor innerhalb der ehemaligen Systemkonkurrenz. Sie eignet sich besonders gut für einen kritischen Vergleich zwischen ost- und westdeutschen politisch-kulturellen Vorstellungen. Die politische Kulturforschung (Thumfart 2001) hat m. E. wichtiges in diesem Zusammenhang aufgezeigt.

Fragt man beispielsweise nach den Gewinnen und Verlusten, welche die deutsche Vereinigung für die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger gebracht haben, zeigt sich folgendes (Alexander Thumfart: Politische Kultur in Ostdeutschland, in: Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B 39-40/2001): In solchen Feldern wie Solidarität, soziale Sicherheit, gemeinschaftliches Leben, gesellschaftliche Anerkennung von Leistung sowie Chancengleichheit bewerten die Ostdeutschen die DDR bis heute besser als das vereinigte Deutschland. Das heißt umgekehrt, dass die neue Bundesrepublik Deutschland in den Augen der Ostdeutschen in diesen Punkten keinen gesellschaftlichen Fortschritt repräsentiert. Lediglich in solchen Punkten wie Selbstbestätigung, Selbstverwirklichung und Freiheit liegt die neue Bundesrepublik vorn.

Ebenfalls negativ sind die Vergleichsbewertungen in solchen Politikfeldern wie Schwangerschaftsabbruch, Sicherheit vor Verbrechen, Kinder- und Jugendschutz, Gleichstellung der Frauen sowie dem Themenfeld „Staat als Hüter der Bürger“.

Diese insgesamt skeptische Sicht auf den gesellschaftlichen Fortschritt in der erweiterten Bundesrepublik zeigt sich nicht nur bei jenen, die materielle Einbußen erlitten haben oder sich als sozial eher desintegriert empfinden, sondern findet sich auch bei denen, die sich als relativ gut verankert bezeichnen. Ostdeutsche sind (1997) der Ansicht, dass die DDR im historischen Vergleich die gerechtere Gesellschaft war. Das gilt

hinsichtlich solcher Topoi wie Lebenslagen von Frauen, Verteilung von Arbeit und sozialer Leistungen, Verteilung von Löhnen und Einkommen, der Verteilung von Eigentum sowie Ausbildungs- und Studienplätzen. Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit sind für Ostdeutsche nicht nur pointiert mit wirtschaftlichen Lagen verbunden, sondern mit dem Konstruktionsprinzip von Gesellschaft. Wenn auch der Anteil derer, die einer auf individueller Leistung basierenden Einkommensungleichheit zustimmen, wächst, ändert das nichts an der Tatsache, dass insgesamt unvermindert stabil bis ansteigend das gesamtgesellschaftliche Gleichheits- bzw. Gerechtigkeitsprinzip gilt.

Dieses in Ostdeutschland kollektiv verankerte Deutungsmuster von „gerechter Gesellschaft“ ist anscheinend so manifest, dass von einer relativ undurchlässigen Teilkultur („kulturellen Verpuppung“) gesprochen wird, die durch ökonomische Besserstellung nicht einfach verschwindet.

Es fehlt anscheinend ein gesellschaftlicher Diskurs, eine aufrichtige öffentliche Auseinandersetzung um Fragen der „Gerechtigkeit“. Mir scheint das ein zentraler Gegenstand der Fortschrittsdebatte zu sein.

Prof. Hildegard Maria Nickel

(1) Peter Förster: "Junge Ostdeutsche: doppelt enttäuscht" - Ergebnis einer Längsschnittstudie zum Mentalitätswandel zwischen 1987 und 2002, in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 15/2003

Zentrale Forschungsfrage: entsteht mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in dem neuen Gesellschaftssystem eine politische Identifikation mit diesem System? Welche Einflussfaktoren fördern bzw. hemmen eine solche Bindung? (Untersuchungspopulation zur Wendezeit 16/17 Jahre; hatten 10klassige OS durchlaufen) – Ost-Sozialisation  
Wesentliche Ergebnisse:

1. Schon Bundesbürger, aber immer noch DDR-Bürger – sozialistische Ideale aus den Köpfen nicht verschwunden
2. Arbeitslosigkeit, Unsicherheit des Arbeitsplatzes und der Ausbildung! Realerfahrung der Mehrheit der Befragten
3. Geringe Möglichkeit für demokratische Mitwirkung – massive Enttäuschung!
4. Erhebliche Defizite im Erleben von sozialer Gerechtigkeit – Deutsche 2. Klasse!
5. Keine Zukunft im Osten – keine Zuversicht!

Schlussfolgerung: Die meisten Teilnehmer des Panels sind erneut von der Gesellschaft, in der sie leben, enttäuscht! Sie halten dieses Gesellschaftssystem für das „Ende der Geschichte“